

# FAKTEN, ARGUMENTE, DATEN UND HINTERGRÜNDE ZUM THEMA 7 IM PARTEILEHRJAHR

Seminar zum Studium von Grundlehren der marxistisch-leninistischen Philosophie

## „... die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“

Der Zweck der Aneignung und Vermittlung philosophischer Erkenntnisse besteht letztendlich nur in der weltanschaulichen Orientierung bewußten Handelns der Menschheit im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts. Demgemäß sollte im Mittelpunkt des Seminars zum behandelnden Thema der Nachweis stehen, daß die bewußte und zielgerichtete Gestaltung der neuen Gesellschaft, das heißt die weitere Entwicklung des realen Sozialismus, sowohl die Kenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeit dieses Prozesses als auch der ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeiten voraussetzt. Bewußtes Handeln erfordert Klarheit über das Ziel und den Weg. Doch auf welche Weise und mit welcher Genauigkeit läßt sich der Weg zu einem Ziel solchen historischen Ausmaßes im voraus bestimmen und bewußt machen?

Mit dem Nachweis, daß die Einheit der Welt in ihrer Materialität besteht und daß die materielle Welt unendlich und erkennbar ist, schafft die marxistisch-leninistische Philosophie als philosophischer Ausdruck der Interessen der Arbeiterklasse zunächst diejenigen theoretischen Voraussetzungen, die zur Erklärung und Veränderung der Welt erforderlich sind. Kern dieser Voraussetzung ist das Begreifen der Tatsache, daß die Praxis (als der gesellschaftliche Prozeß) bewußter und zielgerichteter materiell-produktiver Umgestaltung natürlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse) diejenige Sphäre menschlicher Tätigkeiten darstellt, in der Materielles und Ideelles (als geistige Reproduktion von Materiellem und von durch dieses Vermitteltem) kontrahiert werden. In der Praxis kann die Richtigkeit und Diesseitigkeit des Gedankens geprüft und bewiesen werden. Die Praxis ist Grundlage, Triebkraft und Ziel des Erkennens. Daraus ergibt sich als ein besonderes Anliegen der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie, den Erkenntnisprozeß unter dem Gesichtspunkt der Wechselbeziehungen von Praxis und Erkennen zu analysieren und ihn sowohl als natürlichen als auch historischen Prozeß zu erfassen. Die auf diese Weise gewonnenen Einsichten in den menschlichen Lebensprozeß ermöglichen die Erkenntnis der ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeiten. Das Wissen (als Resultat der geistig-praktischen Aneignung der analysierten Prozesse) ist somit eine notwendige Bedingung für ein diesem gesetzmäßigen Prozeß gemäßes Handeln. Damit ist eine erste Antwort auf die obige Frage gegeben.

Indem sich der Mensch geistig-

praktisch mit seinem eigenen gesellschaftlichen Sein auseinandersetzt, gewinnt er jene Einsichten und Erkenntnisse über die Welt, die ihm gestatten, das Ziel und den Weg seiner Tätigkeit geistig vorwegzunehmen und planvoll und bewußt seine Verhältnisse zu gestalten. Er begründet sein Handeln durch Wissen über den möglichen Verlauf des erwarteten Handlungsvollzugs. Aber erst im Prozeß der Tätigkeit selbst erweist sich, in welchem Grade sein Wissen ausreicht, um ein dem Gegenstand seiner Tätigkeit gemässes Resultat zu erreichen. Gütiges wird aufbewahrt und veralgemeinert, Ungütiges wird verworfen. Das heißt, die Erreichbarkeit des Ziels ist notwendig von der Wahrheit der Aussagen abhängig. Mit anderen Worten: Die Begründung von Plänen, Strategien und Programmen für die gesellschaftliche Entwicklung setzt wahre Behauptungen (Erkenntnisse) über den historischen Prozeß voraus.

Im Verlauf der praktischen Umsetzung erfolgt ihre Präzisierung und Vervollkommnung, wird eine höhere Stufe relativer Wahrheit über den objektiv verlaufenden Prozeß gewonnen. Der objektiv-gesetzmäßige Charakter der Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung bedeutet jedoch nicht, daß sie sich ohne geschichtliches Subjekt, ohne handelnde und mit Bewußtsein ausgerüstete Individuen, im Selbstlauf vollzieht. Es sind die Menschen, die ihre Geschichte machen, indem sie es in größerem oder geringerem Maße verstehen, den objektiven Gegebenheiten gemäß bewußt zu handeln.

Wenn gilt, daß Wissen über den Verlauf der Geschichte eine notwendige Bedingung für die bewußte Gestaltung der Verhältnisse ist, so ist zu fragen, wie das Wissen in Handeln überführt werden kann. Ein

Zusammenhang wurde bereits genannt: Mit Wissen wird Handeln, wird der Verlauf einer Tätigkeit begründet und geistig vorweggenommen. Praktisch wirksam wird dieses Wissen jedoch erst dann, wenn die Träger der Bewegung und Entwicklung, wenn die die neue Gesellschaft errichtenden Werktätigen, von der Richtigkeit und Notwendigkeit ihres Tuns überzeugt sind. Dadurch tritt schließlich der notwendige Grad von Bewußtheit im Handeln ein. Bewußtheit ist erforderlich, um Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und Notwendigkeit tatsächlich lösen zu können. Auf genau diesen Zusammenhang machte Lenin 1919 aufmerksam, als er feststellte: „Bekanntlich werden derartige Widersprüche in der Praxis dadurch gelöst, daß dieser circulus vitiosus durchbrochen wird dank einem Umschwung in der Stimmung der Massen, dank der heroischen Initiative einzelner Gruppen...“

Zweck unserer ideologischen Arbeit ist es, diese Stimmung bewußt zu schaffen, damit diese „heroische Initiative“ zur Massenereignung wird. Im Mittelpunkt müssen dabei Überlegungen und Maßnahmen stehen, durch die die Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit wesentlich erhöht werden kann.

Dies gilt wenigstens in zweifacher Hinsicht: 1. in bezug auf die Organisation, Leitung und Planung der gegenwärtigen Prozesse und 2. in bezug auf die Sicherung des notwendigen Verlaufs für das nächste Jahrhundert. Das Ziel der ideologischen Arbeit ist dann erreicht, wenn wir durch angestrebte und effektive Forschung, Ausbildung und Erziehung unseren Beitrag zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft leisten.

„Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorge machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität...“ (Lenin)

Dr. HERBERT HOCKE, Sektion M.-L. Philosophie

- Anmerkungen:
- 1 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung. In: MEW, Bd. 1, S. 385
  - 2 W. I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke Bd. 29, S. 416
  - 3 ebenda, S. 417

Seminar zum Studium von Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus und der Wirtschaftspolitik der SED

## Gemeinsame Wirtschaftsstrategie

Seit zwölf Jahren verwirklichen die Mitgliedsländer der RGW erfolgreich das Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration. Bei der weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration sind die neu entstandenen Bedingungen und Anforderungen zu berücksichtigen, die ihr in den achtziger Jahren und darüber hinaus das Gepräge geben.

Als das Komplexprogramm im Jahre 1971 verabschiedet wurde, setzte sich nach die Preisentwicklung auf den internationalen Warenmärkten fort, die für die fünfziger und sechziger Jahre typisch war: den stagnierenden Preisen für Rohstoffe und Primärenergie-träger standen steigende Preise für Fertigerzeugnisse gegenüber. Schon bei geringer Veredelung konnten Erzeugnisse exportiert werden und damit eine hohe Effektivität erreicht

## Die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und die Aufgaben der sozialistischen ökonomischen Integration. Der Beitrag des Außenhandels zur Erreichung der Ziele des Fünfjahresplanes 1981-1985

werden. Im Jahre 1973 begann dann die Preisexplosion bei den Rohstoffen und seither entwickelt sich die Preisrelation zu den Fertigerzeugnissen genau umgekehrt. Die Folge davon ist, daß mit gering veredelten Erzeugnissen kein Geschäft mehr zu machen ist. Der Platz der DDR im RGW muß zunehmend durch Waren hoher Qualität, die der internationalen Spitze entsprechen oder sie bestimmen, charakterisiert sein. Darauf ist die vom X. Parteitag beschlossene Wirtschaftsstrategie gerichtet.

Die vergangenen zwölf Jahre sind durch den Übergang der RGW-Länder zur intensiv erweiterten Reproduktion geprägt. Daraus erwachsen neue Anforderungen an die sozialistische ökonomische Integration. Manche der im Komplexprogramm festgelegten Aufgaben waren darauf gerichtet, den Mitgliedsländern mehr Ressourcen an Material, Rohstoffen oder Energieträgern zur Verfügung zu stellen. Das entsprach den Zügen extensiver Entwicklung in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozessen. Heute verwirklichen die Werktätigen in den Mitgliedsländern der RGW die Beschlüsse ihrer Parteien zur intensiv erweiterten Reproduktion. Das erfordert Integrationsmaßnahmen, die vor allem zur effektiven Nutzung der vorhandenen Ressourcen führen und so zur Sicherung und schrittweisen Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen beitragen. Mit diesen veränderten Zielen werden die Ressourcen jedes Landes für die Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft eingesetzt. Das ist angesichts des imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen die sozialistische Gemeinschaft besonders wichtig. Dieser Wirtschaftskrieg ist Punkt 1 der im Jahre 1982 von den USA erarbeiteten strategischen Konzeption der „totalen Konfrontation“, die mit Punkt 5 Kernwaffenkrieg in Europa endet.

Die USA haben nach dem Verständnis der Reagan-Administration der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern den wirtschaftlichen und technischen Krieg erklärt, um so viel Druck wie möglich auszuüben. Sie versuchen, den Austausch moderner Technologien zu unterbinden. Waren aus sozialistischen Ländern zu diskriminieren sowie einen Finanz- und Kreditboykott durchzusetzen. Diese und weitere Maßnahmen sollen entweder das militärische Gleichgewicht zugunsten der NATO verändern oder die sozialistischen Staaten zwingen, Abstriche von ihren wirtschaftlichen und sozialen Zielen zu machen. Auch die DDR ist von dieser bereits in der Zeit des kalten Krieges gescheiterten imperialistischen Politik betroffen.

Mit dem Ziel, die intensiv erweiterte Reproduktion durchzusetzen und die sozialistischen Länder gegen den imperialistischen Wirtschaftskrieg unangreifbar zu machen, wird gegenwärtig eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie für die nächsten 10 bis 15 Jahre ausgearbeitet und die Wirtschaftspolitik der RGW-Länder abgestimmt.

Prof. Dr. WERNER MA/WALD, Sektion Wirtschaftswissenschaften



Wilhelm Fieck und Otto Grotewohl im Präsidium der Berliner Maternitätsklinik 1946. Foto: Archiv

Seminar zum Studium der Geschichte der SED

## Grundlegende Lehre aus der Geschichte gezogen

„Mit der im Jahre 1946 vollzogenen Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, so wird in den Thesen des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983 festgestellt, „wurde die grundlegende Lehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezogen: Die Arbeiterklasse kann ihre historische Mission nur erfüllen, wenn sie den Opportunismus überwindet und von einer zielklaren, geschlossenen und kampfstählen marxistisch-leninistischen Partei geführt wird, eng mit den Massen verbunden ist.“

Diese Einschätzung unterstreicht die außerordentliche Bedeutung, die der Gründung der SED in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und im einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR im besonderen zukommt. Die Gründung der SED ist nicht nur die Herstellung der Einheit der Ar-

beiterklasse auf-rechtzuerhalten. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Ereignisse und Prozesse dieser Monate - in Sondernheit die Gründung der SED - der deutschen und internationalen Reaktion und deren Helfern aus verschiedenen opportunistischen Lagern wie ein Stein im Magen liegen, der immer schwerer wird, je mehr die Folgen sichtbar werden. Ganze Bibliotheken sind bereits vollgeschrieben worden, um die Ereignisse und Prozesse dieser Monate - die sie nicht zu verhindern vermochten - zu verunglimpfen, zu entstellen, zu verfälschen. Am liebsten ist dabei - nach wie vor - die Lüge von der „Zwangvereinigung unter dem Druck der Russen“. Sie verfolgen damit im engeren Sinne, auf das Objekt bezogen, zwei eng miteinander verbundene Ziele: 1. Geht es um die Verunglimpfung der SED, die ihre Pläne durchkreuzte und durchkreuzt. Dabei stößt sie überhaupt nicht, daß die Vereinigung der

## Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die SED als führende Kraft der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1946-1949)

beiterklasse, die Krönung des Kampfes um die Einheit, wie er von der KPD seit ihrer Gründung geführt wurde, sie ist zugleich der Triumph des Marxismus-Leninismus über den Opportunismus und damit Ausdruck für die Befähigung der Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone ihre historische Mission erfolgreich zu realisieren. Die Monate von Herbst 1945 bis Herbst 1946 sind für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die Festigung ihrer führenden Rolle in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone von entscheidender Bedeutung. In diese Zeit fallen die beiden „Sechziger Konferenzen“ (Dezember 1945 und Februar 1946), der Gründungskongress des FDGB (Februar 1946) und der Gründungspartei der SED (April 1946) sowie die Enttarnung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher (Juni 1946) und der weitere Ausbau der Machtorgane der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern im Ergebnis der Wahlen in den Gemeinden, Kreisen und Ländern (September/Okttober 1946), mit denen eine wichtige Etappe der revolutionären Umwälzung ihren Abschluß findet.

In diesen Monaten vollzieht sich ein Kampf voller Dramatik, der alle positiven und negativen Kräfte in und außerhalb der Arbeiterbewegung, in und außerhalb Deutschlands in Aktion sieht. Ein Kampf, der diese Periode zu einer der dramatischsten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung werden läßt, ein Kampf, in dessen Verlauf die Arbeiterklasse die äußerst günstigen historischen Bedingungen für die Herstellung ihrer Einheit auf dem Boden des „revolutionären Marxismus“ nutzt, dem geschichtlichen Erfordernis der Epoche gerecht wird und sich immer bewußter dem Subjekt der Entwicklung erhebt. Aber auch ein Kampf, in dessen Verlauf es den Feinden der Arbeiterklasse, des Volkes und der Nation in den wesentlichen Besatzungszonen gelingt, durch ein raffiniertes Zusammenspiel von imperialistischen Okkupanten, geschlagener deutscher Reaktion und rechter sozialdemokratischer Führer die

KPD und SPD zur SED auf dem Vereinigungsparteitag von Delegierten (507 Kommunisten und 548 Sozialdemokraten) einstimmig beschlossen, ebenso die „Grundsätze und Ziele der SED“. Das Parteistatut wurde mit überwältigender Mehrheit bei 21 Stimmeneinheiten angenommen. Und es stört sie überhaupt nicht, daß selbst in der von ihregleich inszenierten sogenannten „Urabstimmung“ in Berlin von 66 246 Mitgliedern der Berliner SPD nur 10 529 eine sofortige Vereinigung ablehnten, von denen aber 14 636 für ein Bündnis mit der KPD eintraten! Ganze 5598, das sind 8 Prozent, sprachen sich gegen die Vereinigung und Zusammenarbeit aus! Die Tatsachen sind hartnäckig und sprechen nicht für die Spalter und Verleumder.

2. Geht es ihnen um die Veruschung der Rolle der Spalter in den westlichen Besatzungszonen, denen es damit gelang, den normalen geschichtlichen Prozeß zu unterbinden, die Massen um die Früchte ihres Kampfes zu betrügen. Es genügt, an dieser Stelle einen der Falcher, Lewis J. Ehinger, zu zitieren, der in einer Siegesrede ausplauderte: „In den von den drei Westmächten besetzten Teilen Deutschlands wurde dieser Trend zur unmittelbaren proletarischen Einheit durch ein vorübergehendes Verbot jeder politischen Tätigkeit und aller politischen Organisationen wirksam gebremst. Überlebende Führer der Weimarer SPD wurden von den westlichen Militärgouverneuren mit Verwaltungsstellen betraut und bauten dann ohne Aufsehen lokale Organisationen auf, die sich aus ihren Freunden und Anhängern zusammensetzten.“

Als schließlich nach einigen Monaten die Erlaubnis erteilt wurde, Bezirks- und Distriktorganisationen der SPD aufzubauen und sich immer bewußter dem Subjekt der Entwicklung erhebt. Aber auch ein Kampf, in dessen Verlauf es den Feinden der Arbeiterklasse, des Volkes und der Nation in den wesentlichen Besatzungszonen gelingt, durch ein raffiniertes Zusammenspiel von imperialistischen Okkupanten, geschlagener deutscher Reaktion und rechter sozialdemokratischer Führer die

Prof. Dr. WILHELM WEHLING, Sektion Marxismus-Leninismus

Seminar zur aktuellen Bedeutung der Leninschen Theorie über den Imperialismus

## Die Anti-Reagan-Front in den USA auf breiter Basis zusammenführen

Wenn sich durch die Oktoberrevolution 1917 die strategische Situation des Imperialismus wandelte und er seitdem stets das Ziel der Rückgewinnung seiner totalen, globalen Hegemonie durch eine Kombination und wechselnde Gewichtung zweier Methoden - die der Konfrontation und die der Anpassung - verfolgte, was bestimmte dann die Verstärkung der Konfrontation durch die USA seit Mitte der 70er Jahre?

Die Antwort liegt einerseits in den massiven Stockungen und Störungen im staatsmonopolistischen Reproduktions- und Verwertungsprozeß, die - ausgelöst durch die Verschärfung des Ressourcenproblems als Folge des kapitalistischen Baubaus und die seitens der Gesellschaft nicht oder nur unzureichend kontrollierte, beschleunigte Ausbreitung von Basisinnovationen - zur dritten Regulierungskrise in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus führten. Andererseits gibt es, die spezifischen Besonderheiten der USA zu berücksichtigen, deren internationale Position, die nationalen Gegebenheiten des Klassenkampfes sowie die Besonderheiten in der Gruppierung der Monopolbourgeoisie in den USA.

Die letztgenannten Faktoren beeinflussen wesentlich, ob jeweils die konfrontative oder sozialreformistische Tendenz hervortritt.

Die besondere internationale Position des USA-Imperialismus besteht darin, daß er zwischen 1945 und dem Anfang der 70er Jahre die Verwendung der kapitalistischen Weltwirtschaft vom Monozentrismus, mit den USA im Zentrum, zum Polyzentrismus, mit Westeuropa und Japan als zusätzlichen Zentren, nicht verhindern konnte und zugleich das militärische Übergewicht über den Sozialismus verlor.

Seit Mitte der 70er Jahre erfolgte in den herrschenden Kreisen der

USA die ideologische Reflexion der dritten Regulierungskrise, der Veränderung der außenpolitischen Situation in Form der Verstärkung der reaktionären, neokonservativen Strömung in der Innen- und Außenpolitik der USA, in der politischen Zielsetzung, die Hauptstützen des revolutionären Prozesses zu zerstören und die „Pax americana“ wieder zu errichten.

Diese Form der ideologischen Reflexion der dritten Regulierungskrise, der veränderten außenwirtschaftlichen und politischen Situation der USA wurde wesentlich befördert durch das seit den 50er Jahren erfolgende Erstarken des militärisch-industriellen Komplexes, durch dessen zunehmenden, unter Reagan einen Höhepunkt erreichenden, Ein-

## Die Rolle des USA-Imperialismus und seine friedensgefährdende, menschenfeindliche Politik. Der Kampf der KP der USA

fluß auf die Regierung zum einen, durch die Infolge des traditionell vorherrschenden Opportunismus und neuerdings die Massenarbeitslosigkeit verursachte Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse der USA zum anderen.

Da die reaktionäre, mehrdimensionale, alle gesellschaftlichen Bereiche der USA wie deren internationale Beziehungen betreffende Politik der Reagan-Regierung stärker als die liberal-reformistische, adaptive Politik - begünstigt durch eine Überschätzung der eigenen Möglichkeiten - die objektiven Interessen fast aller Klassen und Schichten im eigen-

nen Land und die der anderen Völker miltachtet, hat sie innerhalb kurzer Zeit in den verschiedenen Bereichen in vergleichbar kurzer Zeit einen unvergleichlich stärkeren Widerstand heterogener Kräfte hervorgerufen, die die hinter Reagan stehenden Kreise der Monopolbourgeoisie bei Vertiefung ihres Widerstandes zwingen können, ihre Gesamtpolitik mit anderen Konzeptionen, „angepaßter“ fortzusetzen.

Deshalb hielt die KP der USA vom 21. bis 23. April 1983 mit 1000 Vertretern aus Grundorganisationen die zweite, außerordentliche Parteikonferenz ihrer Geschichte ab. Die Vizeleiten der politökonomischen Krisen und die vielfältigen neuen demokratischen und sozialen Bewegungen der Volksmassen boten Herausforderungen und Möglichkeiten zum Bündnis, so daß der Generalsekretär der KP der USA, Gen. Gus Hall, „zur Schaffung einer Volksfront gegen die Reaganomie“ und die militaristische Politik der USA“ aufrief. Er unterbreitete einen Plan zur Formierung einer unabhängigen, antimperialistischen Klassenbewegung sowie „Prinzipien einer neuen Charta der ökonomischen Rechte“. Die Konferenz nahm ein neues Statut für die Grundorganisation an.

Die Mitglieder der KP der USA arbeiten aktiv in den verschiedenen, gegenwärtig nach zersplitterten Sektoren der Anti-Reagan-Front, in den Gewerkschaften, den Organisationen der Afroamerikaner, der Puertoaner, der Frauen, der Jugend, der Arbeitslosen und vieler anderer mehr. Die Kommunisten kämpfen dafür, diese Organisationen zu einer politischen Kraft zusammenzuschließen.

Prof. Dr. INGRID DEICH, Sektion Wiss. Kommunismus